

07/17

[Spendenkonto](#)
[Web](#)
[Kontakt](#)

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Liebe Freundinnen und Freunde

Liebe Freundinnen und Freunde
von **borderline-europe**,

hiermit bitten wir um Nachsicht für die lange Pause seit dem Erscheinen unseres letzten Newsletters. Die Arbeit an einer Abschlussdokumentation, an neuen Projekten und Anträgen sowie die leider alltäglich gewordene Situation an den Außengrenzen der EU hat uns dermaßen beschäftigt, dass wir den Newsletter immer wieder vor uns hergeschoben haben. Aber hier kommt jetzt dafür ein etwas umfangreicherer und für das nächste Mal geloben wir Besserung. In diesem Sinne wünschen wir euch eine aufschlussreiche Lektüre.

Das Team von **borderline-europe**

Spendenkonto
Web
Kontakt

Themen dieser Ausgabe

- Vorwort**
- Massensterben im Mittelmeer:
borderline-europe macht mit Protestaktion aufmerksam**
- Besuch an der polnisch-weißrussischen Grenze**
- KideM – Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik –
Schutzgewährung versus Grenzsicherung**
- Evangelischer Kirchentag 2017**
- Sabir, ein Festival und ein Appell an eine neue Solidarität**
- Schüsse bei der Rettung Iuventa/Aquarius 23.5. – Push-Back Libyen**
- Die verspätete Rettung des 11. Oktober 2013 –
Untersuchungen eingeleitet gegen italienische Marine und Küstenwache**
- Termine – Save Date**

Massensterben im Mittelmeer: borderline-europe macht mit Protestaktion aufmerksam

Nach mehreren Tagen sägen, basteln und streichen war am Freitag den 2. Juni der große Tag: 40 schwarze Holzkreuze wurden auf dem Potsdamer Platz aufgestellt. Schon beim Aufbau wurden wir mehrfach angesprochen wofür diese stehen. Von einer Minute zur nächsten wurde der Platz zu einem Ort des öffentlichen Diskurses.

Mensch flieht – Mensch stirbt: Wer ist schuld?

Borderline Europe e.V. stellt Kreuze auf dem Potsdamer Platz auf und erinnert an die vielen Geflüchteten die auf der Flucht seit Anfang 2017 gestorben sind.

BERLIN, POTSDAMER PLATZ – Auf einer etwa 50qm großen Fläche sind mit Klebeband das Mittelmeer und seine umliegende Länder skizziert. Ungleichmäßig verteilt stehen 40cm hohe schwarze Kreuze. Passanten bleiben stehen, betrachten das Kunstwerk neugierig und versuchen die Botschaft zu erfassen. Die Kreuze stehen für 1.530 gestorbene Geflüchtete (Stand 24.05.17, missing-migrants.iom.int). Gerade in Berlin, wo stets an die Teilung Deutschlands und die damit einhergehenden Todesopfer erinnert wird, sollten wir aus der Geschichte lernen und diese in die Gegenwart übertragen. Wer trägt die Verantwortung für die

vielen Toten? Leicht wäre es natürlich, mit dem Finger auf die bösen Schlepper zu zeigen, die überfüllte und fahruntaugliche Schlauchboote auf das Mittelmeer schicken. Doch so einfach ist es nicht: „Eine Flucht nach Deutschland kostet im Schnitt 7000€, dauert Monate und ist ungewiss und lebensgefährlich. Nach Deutschland zu fliegen oder mit der Fähre zu fahren erlaubt die EU nicht. Damit gibt es keinen legalen Fluchtweg nach Europa“ – so Luka Fischer von borderline-europe.

Asyl darf man in der EU nur beantragen, wenn man sich bereits dort befindet. Die Geflüchteten müssen also erst einreisen, um ihr Recht auf Asyl in Anspruch nehmen zu können. Da die Balkanroute nun größtenteils unpassierbar ist, weichen die Menschen zunehmend auf das Mittelmeer aus – der deutlich gefährlichere Weg. Ein wenig sicherer wird er jedoch dadurch, dass auf private Spendengelder basierende Organisationen einer Aufgabe nachkommen, die eigentlich die Küstenwachen übernehmen sollten: Geflüchtete in Seenot retten. Da es bereits mehr als 10 solcher zivilen Seenotrettungsschiffe gibt, wurde Kritik laut: Mit der Rettung von Geflüchteten motiviere man sie eher dazu, sich auch auf eines der gefährlichen Boote zu begeben. Im Umkehrschluss heißt das: man ist bereit, Geflüchtete für eine Abschreckungswirkung sterben zu lassen.

Kontrovers wird es, wenn man die Haltung der breiten Gesellschaft dazu betrachtet: Als Frauke

Petry (AfD) den Einsatz von Waffengewalt gegenüber Geflüchteten vorschlug, katapultierte sie sich selber in die Lächerlichkeit. Die Empörung war laut, man könne Geflüchtete doch nicht töten. Wieso ist der Protest gegen die europäische Abschottungspolitik nicht genauso laut? „Schießen muss Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, nicht. Die haben ja das Mittelmeer“ bemerkt Fischer sarkastisch.

Aus der Problematik ergibt sich eine klare Forderung: wir brauchen legale und sichere Einreisemöglichkeiten!

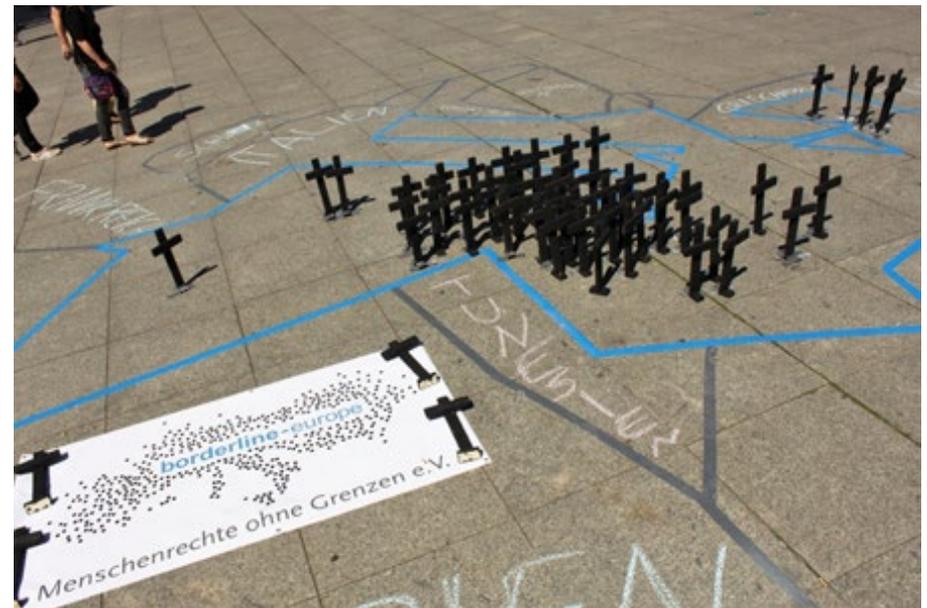
Damit nicht nur die jungen, körperlich fitten, meist männlichen Menschen die Flucht bestehen können.

Damit Asyl nicht nur für die da ist, die das nötige Kleingeld dazu haben.

Damit das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl kein Privileg bleibt.



Von links nach rechts: Luka Fischer, Theresa Müller
(beide Praktikantinnen bei borderline-europe) und Jassin Irscheid



Besuch an der polnisch-weißrussischen Grenze

Gemeinsam mit Vertreter*innen von Asyl in der Kirche und Xenion haben wir (Harald Glöde, Luka Fischer, Dorothee Bruch und Elena Nowak) von *borderline-europe*, eine Recherchereise nach Polen und Weißrussland unternommen, um uns ein Bild von der dortigen Situation zu machen. Wir haben uns mit vielen Geflüchteten unterhalten, uns mit lokalen NGOs vernetzt und von Psychologen Einschätzungen erhalten. Die Schicksale mehrerer Familien, die wir erzählt bekommen haben, sind besonders auf der Flucht stark von strukturellen Problemen geprägt. Hier folgt ein kleiner Einblick in die aktuelle Lage in Polen und Weißrussland. Der Bericht in voller Länge wird bald veröffentlicht.

In Polen gibt es momentan zwei Hauptprobleme: Zum einen werden die Geflüchteten an der weißrussisch-polnischen Grenze (Brest-Terespol) gestoppt und werden daran gehindert, sie zu überqueren. Bei Ankunft an der Grenze werden sie von der polnischen Polizei über ihre Einwanderungsgründe befragt. Wenn sie im Zielland arbeiten möchten, was meistens bejaht wird, müssen sie eine Unterschrift leisten. Diese gibt dem Grenzbeamten die Möglichkeit, die Asylantragstellung zu verweigern, da sie als illegale Arbeitsmigranten abgestempelt werden und als Asylsuchende „ohne Visum“ abgewiesen werden können. Es gab

bereits Fälle, in denen die Geflüchteten die Einreise nach Polen gewährt bekommen haben, weil sie diese Unterschrift verweigert haben. Allerdings ist dies eher die Ausnahme. Mit diesem Verfahren wird das Grundrecht auf Asyl nicht gewährleistet. Das widerspricht auch Art. 6 (2) der EU Richtlinie zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes, der die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Antragstellung zu ermöglichen. Durch den langen Aufenthalt in Weißrussland entstehen für die Schutzsuchenden Kosten für Unterkunft, Lebensmittel und die vielen Zugfahrkarten nach Polen und zurück. Da die Vermietung von Wohnungen an Geflüchtete meist mittels überhöhter Tagesmiete stattfindet, stoßen die Geflüchteten schnell an ihre finanziellen Grenzen und werden obdachlos.

Das zweite Problem ist die Unterbringung der Geflüchteten in Polen. Ein Teil dieser wird in sogenannten „guarded centers“ untergebracht. Damit sind geschlossene Unterkünfte gemeint. Hier befinden sich vor allem Geflüchtete, die gegen die Dublin III –Verordnung verstoßen haben. Diese schreibt vor, dass Flüchtlinge in dem ersten EU-Land, das sie betreten, ihren Asylantrag stellen müssen. In diesen „guarded centers“ werden überwiegend Flüchtlinge festgehalten, die aus Deutschland zurückgeführt wurden und von denen eine Fluchtgefahr nach Deutschland ausgeht. Die Unterbringung dort ist schlecht, gelegentlich kommt es zu Eskalationen. Die Aufenthaltsdauer

kann, auf Antrag der Leitung an das Gericht, von mindestens zwei auf 18 Monate unbegründet verlängert werden. Damit sind diese der staatlichen Willkür schutzlos ausgesetzt und leiden nicht nur unter den schlechten Lebensbedingungen, sondern auch unter der Ungewissheit ihres Verbleibens. Das unter der Leitung eines „Kommandanten“ stehende Center, stellt mit seinem militärischen Regiment für die Inhaftierten, darunter auch zahlreiche Familien, eine unzumutbare psychische Belastung dar.

KideM – Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik – Schutzgewährung versus Grenzsicherung

Vom 1.10. 2015 bis zum 31.3.2017 haben *Borderline-Sicilia* (Palermo), *Asyl in Not* (Wien) und *borderline-europe* (Berlin) in Kooperation mit *Diktio* (Athen) das obige Projekt durchgeführt und auf Pressekonferenzen am 18.5.2017 in Palermo, Wien und Berlin die [Abschlussdokumentation](#) vorgestellt.

Als Einstieg der Berliner Pressekonferenz berichtete Tiziana Calandrino (*borderline-europe*), eine der Autor*innen der Dokumentation, über die Entstehungsgeschichte dieser intensiven Beschäftigung mit der Kriminalisierung von Fluchthilfe bzw. Schlepperei sowie den dazu durchgeführten

Untersuchungen und den daraus gewonnenen Ergebnissen. Eines der Ergebnisse war, wie Georgios Maniatis (Diktio) analysierte, dass die Gesetze in Bezug auf die Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt in Griechenland in den letzten Jahren verschärft wurden. Das drastische Vorgehen der griechischen Justiz gegen vermeintliche Schlepper zeigt die Konsequenzen der Verschärfungen. Das könne nur verhindert werden, in dem das Thema Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe dokumentiert und öffentlich diskutiert wird, so der Generalsekretär des ECCHR, Wolfgang Kaleck. Zusätzlich wies er auf die aktuellen Vorwürfe gegen zivile Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer hin, denen von Frontex und anderen Institutionen eine Zusammenarbeit mit Schleppern unterstellt wird, und die damit in ihrer Rettungsarbeit behindert und kriminalisiert werden. In seiner Kritik an der bestehenden Gesetzgebung forderte er die Abschaffung der sogenannten „Schleuserparagrafen“, da die oftmals genannten gewalttätigen Handlungen der „Schlepper“ gegen die Geflüchteten im Zusammenhang mit der illegalen Grenzüberschreitung, wie z.B. Körperverletzungen, etc. bereits durch die allgemeinen Strafrechtsgesetze abgedeckt und sanktioniert werden. Die Vertreterin des RAV, Berenice Böhlo, verwies auf die Genfer Flüchtlingskonvention nach der ein Schutzsuchender nicht wegen der illegalen Einreise bestraft werden dürfe. Insofern sei es juristisch fragwürdig, dass die Beihilfe zu einer eigentlich nicht strafba-



Presskonferenz in Berlin

ren Handlung (der „illegalen“ Einreise) bestraft wird. Wie absurd dieser Paragraf genutzt wird führte sie am Beispiel einiger konkreter Fälle aus ihrem Alltag als Rechtsanwältin aus, bei denen hier lebende Geflüchtete ihren Familienangehörigen helfen, aus Kriegsgebieten nach Deutschland zu kommen und deswegen als Schlepper angeklagt und verurteilt werden. Für dieses normale menschliche Verhalten haben die Ermittlungsbehörden mittlerweile den Begriff der „Familien

schleusung“ kreiert, während es für die Allermeisten von uns eine menschliche Selbstverständlichkeit ist. In Wien stellte der Obmann von Asyl in Not, Michael Genner, die Forderungen vor, die in Österreich aus den Recherchen entwickelt worden sind. Dazu gehören u.a. die sofortige Entkriminalisierung der humanitären Fluchthilfe und die Schaffung legaler Einreisewege als besonders effektive Maßnahme gegen die Schlepper. Monika Mokre von der Österr. Akademie der Wissen-

schaften wies darauf hin, daß bislang eine derartige internationale Studie gefehlt habe und die Unterschiede in den jeweiligen nationalstaatlichen Rechtsnormen doch erheblich seien. Mit den historischen Kontinuitäten von „Schlepperei/Fluchthilfe“ setzte sich anschließende Gabriele Anderl vom Vorstand der Österr. Gesellschaft für Exilforschung auseinander, die bereits 2014 eine internationale Tagung mit dem Titel „Schleppen, Schleusen, Helfen“ in Wien veranstaltet hatte.

In **Palermo** berichteten Lucia Borghi und Judith Gleitze (Borderline Sicilia und borderline-europe) über den Inhalt der Studie und die Situation in Italien. Hier werden sogenannten Schlepper grundsätzlich bei jeder Ankunft verhaftet. Doch in den meisten Fällen handele es sich um Geflüchtete, die an das Steuer gezwungen wurden. „Der italienischen Regierung geht es vor allem darum, auf europäischen Druck hin hohe Zahlen von Verhaftungen zu liefern um ihrer Pflicht, die Grenzen zu schützen, nachzukommen. Die Medien verstärken den Eindruck des ‘Kriminellen’ durch die Art der Berichterstattung noch“, so Borghi. Immer noch bedürfe es einer großen Aufklärungsarbeit, da keinerlei Unterschiede zwischen den als Schlepper verhafteten Geflüchteten und den wirklichen kriminellen Netzwerken gemacht werden.

Michele Telaro von MSF (Ärzte ohne Grenzen), einer Organisation, die selber auf See rettet, bestätigte die vorherige These, dass es sich um Geflüchtete und nicht um Verbrecher handele. „Sehr oft stellen wir fest, dass Geflüchtete verhört wer-

den, die keine Kriminellen und auch keine Schlepper sind, sondern einfach nur Opfer wie alle anderen Migrant*innen auf dem Boot auch.“ Antonella Mascia, Anwältin am Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg fügte hinzu, dass die Betrachtung der Schlepper als Opfer vollkommen fehle, da der Kampf gegen die „irreguläre Migration“ Vorrang habe.

Die Studie mit den Berichten der vier beteiligten Länder ist unter www.crimig.wordpress.com abrufbar, der Bericht zu Italien ist auch in **italienischer Sprache** hier zu finden.

Evangelischer Kirchentag 2017

Bei zwei Veranstaltungen während des evangelischen Kirchentages waren auch zwei Vertreter von borderline-europe mit kurzen Beiträgen vertreten.

Beim Friedensgottesdienst am 25. Mai in der Berliner Zionskirche, organisiert von der ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden konnte Stefan Schmidt über seine Erfahrungen als Kapitän der Cap Anamur und über seine Arbeit und Aktivitäten bei borderline-europe berichten.

Bei der Gedenkveranstaltung „Gegen das Sterben im Mittelmeer“ am 26. Mai vor dem Berliner Hauptbahnhof konnte Harald Glöde kurz über die **Versuche von Frontex**, italienischen Staatsanwälten und Anderen informieren, mit denen die Ret-

tungsaktivitäten der zivilen Seenotrettungsorganisationen kriminalisiert werden sollen.

Sabir, ein Festival und ein Appell an eine neue Solidarität

Borderline-europe hat an dem dreitägigen **Sabir-Festival** in Siracusa (Sizilien) teilgenommen, welches von den Organisationen ARCI¹, Caritas, ACLI² in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Europa und dem Mittelmeerraum veranstaltet wurde. Das Festival stand ganz im Sinne der aktuellen Kriminalisierungskampagne gegen die Seenotrettungsorganisationen – ein Appell wurde am Ende von den Veranstalter*innen lanciert: „steht denjenigen zu Seite, die Leben retten und Solidarität schaffen!“ 1500 Teilnehmer*innen, 800 Workshopteilnehmer*innen, 200 Student*innen und 80 Organisationen aus aller Welt haben das Festival mitgestaltet.

Im Rahmen des Festivals wurde auch das neue Handbuch „Information Handbook for families of migrants deceased or lost at sea in the Mediterranean“ von Boats4People vorgestellt, die Familienangehörigen und Freunden von vermissten Migrant*innen und Geflüchteten dabei helfen soll ihre Familienmitglieder und Freunde wiederzufinden. **Hier** der Link zum Handbuch.

1. *Associazione Ricreativa e Culturale Italiana: gegründet 1957, ist ein sozialer Förderverein in Italien. Er agiert gegen Faschismus und für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.*

2. *Associazione Cristiane dei Lavoratori Italiani: gegründet 1944, ist ein sozialer Förderverein in Italien.*

Schüsse bei der Rettung Juventa/Aquarius 23.5. – Push-Back Libyen

Während einer Rettungsoperation von Jugend Rettet und SOS Med am 23.5 wurden zwei Holzboote mit Geflüchteten angegriffen und in die Luft geschossen. Die Menschen auf den Booten wurden von der libyschen Küstenwache gezwungen wieder nach Libyen zurückzukehren. Dies führte zu einem illegalen „Push-Back“ von Seiten der libyschen Küstenwache. Das Rettungsboot von Jugend Rettet „Juventa“ befand sich bei dem bewaffneten Angriff 14 Seemeilen von der libyschen Küste entfernt. Durch die Schüsse, ausgehend von der libyschen Küstenwache, die auf diversen Schnellbooten unterwegs war, musste Jugend Rettet den Rettungseinsatz abbrechen. Einige Menschen, die auf den Booten saßen, versuchten zur „Juventa“ und zur „Aquarius“ der Organisation von SOS Mediterranée (gemeinsam mit MSF) zu schwimmen und sich somit in Sicherheit zu bringen. „Diese Push-back Aktionen, die durchgeführt wurden, sind ein klarer Rechtsverstoß. Menschen, die sich in internationalen Gewässern in Seenot befinden, müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden. Durch die aktuelle politische Situation in Libyen befindet sich der nächste sichere Hafen in Italien“, so Jugend Rettet. Bei diesem Zwischenfall wurden glücklicherweise weder Menschen getötet noch verletzt.

Italiens Vorhaben, die libyschen Küstenwachen (aufgrund der Zersplitterung des Landes gibt es nicht nur eine) im Kampf gegen „illegale Migration“ zu einer Zusammenarbeit zu bringen, hat einerseits zu einem Transfer von hohen Geldsummen geführt, als auch zu einer **Übergabe von 10 weiteren Schiffen**, die dafür eingesetzt werden sollen Migrant*innen und Geflüchtete darin zu hindern die libyschen Küsten zu verlassen.

Die verspätete Rettung des 11. Oktober 2013 – Untersuchungen eingeleitet gegen italienische Marine und Küstenwache

11. Oktober 2013 – ein Flüchtlingsboot mit knapp 500 Menschen setzte stundenlang Notrufe ab, die italienische Seenotrettungszentrale der Küstenwache in Rom verwies auf Malta. Das Gerangel um die Kompetenz kostete 268 Menschen das Leben 60 von ihnen waren Kinder. „Das Unglück war absolut vorauszusehen“, so nun Francesco Provenzano, der Richter der Voruntersuchung des Gerichtes Agrigento - und damit wird ein Verfahren gegen Kapitänleutnant Catia Pellegrino, Kapitänin des italienischen Marineschiffes „Libra“, sowie zwei weiteren Kapitänleutnants, Clarissa Torturo und Antonio Miniero von der Seenotret-

tungszentrale der ital. Küstenwache und eine noch zu identifizierende Person der Italienischen Marine eingeleitet. Der Journalist Fabrizio Gatti legte mit seiner für das Wochenmagazin erstellten Reportage offen, was damals wirklich geschah. „Die ‚Libra‘, so Provenzano, befand sich in der Nähe des sich in Seenot befindenden Bootes, sie hätte sofort eingreifen und damit den Tod von 300 Menschen verhindern können, aber die Rettung wurde nicht angeordnet. Die Seenotrettungszentrale in Rom habe sehr wohl gewusst, „dass es kein Abkommen zwischen Malta und Italien gegeben habe, welches die genauen Grenzen der Search-and-Rescue Zonen nach dem Hamburger Abkommen festlegte. Ebenso klar war, dass Malta, welches sich eine große SAR-Zone zuschreibt, seinen Verpflichtungen oftmals nicht nachgekommen ist. (...) Das Unglück war also sehr wohl vorherzusehen, aber es wurde keine dementsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Damit nahm man das tragische Ende, das sich ja dann auch so zutrug, in Kauf.“ Hiermit sei der bedingte Vorsatz für die Ursache des Unglücks laut Strafgesetzbuch gegeben, so der Richter. Die beiden diensthabenden Kapitänleutnants Torturo und Miniero hätten sofort alle Schiffe in der Nähe anfunken und zur Hilfe beordern müssen, egal, ob Malta für die Zone zuständig war/ist oder nicht. Die Anrufe des Arztes Mohannad Jammo sind aufgezeichnet und bekannt, hier wird deutlich, dass die Seenotrettungszentrale immer wieder nur nach den Koordinaten fragte und dann

auf Malta verwies. Nach Ansicht des Gerichtes in Agrigento muss außerdem die Rolle der Cinconv der italienischen Marine geklärt werden: warum wurde die nur 17 Seemeilen entfernte ‚Libra‘ nicht angehalten, sich sofort zur Unglücksstelle zu begeben? Ebenso zu untersuchen sei die Rolle der Kapitänin der ‚Libra‘, Pellegrino, da diese sich nicht an die Unfallstelle begeben habe – mit oder ohne Befehl – wie es § 2 der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen und Artikel 1158 des „codice di navigazione“, der Schifffahrtsgesetzgebung vorsehen. Aufgrund des enormen Zeitverlusts – mindestens dreieinhalb Stunden nach dem Notruf durch den syrischen Arzt – sank das Boot schließlich. Die ‚Libra‘ erreichte den Unfallort erst, als das Boot gesunken war.

Das Unglück des 11. Oktober 2013, eine Woche nach dem schweren Unglück des 3. Oktober vor Lampedusa, das ebenfalls Hunderte von Menschen das Leben kostete, waren der Auslöser der Gründung des [Watch The Med Alarm Phones](#).

Mehr Information

Termine – Save Date

Samstag 17. September 2017, 13 Uhr

Antiracist Parade - commUNITY-Carnival Berlin

www.welcome-united.org

Samstag, 28. Oktober 2017

10-Jahresfeier borderline-europe

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.